

ließ er das beschließen und von seinem Freund Trafficante in Chicago absegnen, was man einen „contract“ nennt, gewissermaßen einen Preis auf den Kopf von JFK.

Der wirrköpfige Lee Harvey Oswald kann der angeheuerte „contract killer“ zumindest allein nicht gewesen sein. Er hatte Beziehungen zu linken Exil-Kubanern, das paßte. Er war in Rußland gewesen und hatte von dort eine russische Frau mitgebracht, das paßte ebenso. Er wollte nach Havanna und Fotograf werden, und das paßte auch.

Gar nicht paßte, daß er, obwohl früher Marineinfanterist, kein sehr guter Schütze war. Bis heute halten die Schußwaffen-Spezialisten es für unmöglich, daß selbst ein Meisterschütze mit einem Mannlicher-Carcano-Gewehr auf diese Entfernung ein bewegliches Ziel dreimal oder gar viermal treffen konnte, noch dazu in der bekannt kurzen Zeit.

Peinlicher noch: Das FBI mußte sich gegen Pressespekulationen wehren, daß Oswald sein bezahlter Informant gewesen sei. Daß Hoover sich weigerte, das Original von Oswalds Steuererklärung zu veröffentlichen, spricht dafür. Die Warren-Kommission, die nichts weiter war als eine Untersuchung J. Edgar Hoovers gegen J. Edgar Hoover, spielte mit.

Wieso stand Oswald nicht auf der Liste der gefährlichen Personen, da er doch in Dallas in einem Schulbuchhaus beschäftigt war, an dem der Präsident vorbeifahren würde? Und wo war das Motiv?

Er hatte nichts gegen den Präsidenten. Er hatte etwas gegen das FBI, dessen Beamte seine des Englischen nicht mächtige Frau Marina verhört und eingeschüchtert hatten.

Er erschien selbst im FBI-Office von Dallas und drohte auf einem Zettel, das ganze Gebäude in die Luft zu sprengen. Und diesem Mann hatte man weiter keine Beachtung geschenkt. Er trank eine Cola im Frühstücksraum, während sich das Auto des Präsidenten näherte. Er wurde auch nicht verhaftet, als er nach den Schüssen das Schulbuchgebäude verließ.

Mag sein, daß er dann in Panik geriet. Er holte seine Pistole aus seiner Pension (oder auch nicht). Daß er damit den Streifenpolizisten Tippit erschossen habe, konnte infolge einer „Verformung“ der vier Geschosse und aufgrund vieler anderer Umstände nicht einwandfrei belegt werden. Wir befinden uns in Texas.

Einen Mann von der psychischen Labilität Oswalds als „contract killer“ anzuhauern wäre heller Wahnsinn gewesen, und Marcellos Leute waren keine Amateure. Aber auch Mark North muß uns den einwandfreien Beweis dafür schuldig bleiben, daß Lee Harvey Oswald im zweiten Stock des Schulbuch-Lagerhauses zu Mittag aß, während „mindestens“

zwei Schützen den Präsidenten ermordeten.

J. Edgar Hoover aber, und hier stehen wir wieder auf festem Boden, wußte durch chiffrierte Airtel-Telegramme von einem Plan der Gangster Marcello und Trafficante, den Präsidenten vor dem 8. November 1964 zu ermorden, vor einer eventuellen zweiten Amtsperiode also.

Da wir uns in Texas befinden, gibt es von den Vernehmungen Lee Harvey Oswalds keine Protokolle, keine Tonband-Aufzeichnungen. Dafür aber durfte der Postinspektor eine halbe Stunde mit ihm sprechen.

Ein anonymes Anruf traf ein, man werde Oswald auf dem Weg ins Gefängnis ermorden. Dies geschah. Der Nachtclubbesitzer und frühere FBI-Zuträger Jack Ruby kam unbehelligt ins Kellerge-

Polen

Fleißige Schüler

Die gerade erst gewählte Regierung droht schon wieder zu stürzen. Als Retter hält sich Präsident Walesa bereit.

Der Abgeordnete Andrzej Wielowiejski kam nach einem Gespräch mit amerikanischen Geschäftsleuten zu einer deprimierenden Einsicht: Westliche Investoren schätzten „Prag und Budapest mehr als Warschau“.

Als Gründe für die Zurückhaltung machte der Deputierte von der linksliberalen Demokratischen Union völlig



Premier Olszewski: „Losungen aus einer vergangenen Epoche“

schoß des Polizeigefängnisses und erschoss Oswald mit einem Colt.

Spuren konnten nun kaum noch verwischt werden, die von Johnson und Hoover gesteuerte Warren-Kommission konnte ihr Verwirrspiel beginnen. Der von Kennedy abgesetzte, von Johnson in die Kommission berufene frühere CIA-Direktor Allen Dulles (der Bruder des verstorbenen Außenministers John Foster) sagte, er an Hoovers Stelle würde notfalls einen Meineid schwören, natürlich nicht gegenüber dem Präsidenten.

Earl Warren, der höchste Richter des Landes, beschied einen Journalisten, der ihn fragte, ob der „Report“ denn auch veröffentlicht werde: „Sicherlich, aber nicht zu Ihren Lebzeiten.“

Er wurde veröffentlicht – als das dickste Fragezeichen der Welt.

überlastete Telefonleitungen, Dreck und die „Häblichkeit der Hauptstadt“ aus.

Er hätte noch ein Argument nennen können: die instabile politische Lage des Landes, die bereits Züge einer permanenten Staatskrise trägt.

Drei Monate nach seiner Wahl zum Premier ist die Regierung des Zentrumspolitikers Jan Olszewski, 61, die sich auf nur 3 Parteien von 29 im Parlament stützen kann, ins Trudeln geraten. Zuerst war Finanzminister Karol Lutkowski zurückgetreten, weil er sich mit seinem Chef nicht über die künftige Haushaltspolitik einigen konnte; dann lehnte das Parlament Olszewskis lange vorbereitetes Programm zur Gesundung der Wirtschaft ab.

Die Abstimmung im Sejm zeigte, wie widersprüchlich die politische Lage in

Polen derzeit ist: Die Linke, wirtschaftspolitisch auf konservativem Kurs, stimmte gegen den Entwurf, weil er ihr zu weich geraten war; die in Wirtschaftsfragen laxen Rechte lehnte ihn ab, weil er ihr zu schmerzhaft erschien.

Um soziale Härten für die Bürger zu mildern und Polen aus der Rezession zu führen, wollen die „fleißigen Schüler ohne besondere Begabung“ (die Tageszeitung *Rzeczpospolita* über Olszewskis Mannschaft) die strenge Sparpolitik des früheren Finanzministers Leszek Balcerowicz abschwächen. Das heißt: mehr Subventionen für Staatsbetriebe, billige Kredite und Steuernachlässe für Unternehmen, Lockerung der gesetzlichen Lohnbeschränkungen und Mindestpreise für Agrarprodukte.

Finanzieren läßt sich dieses Programm nur über die Notenpresse – mit dem Risiko, die Preissteigerungsrate von derzeit rund 40 Prozent wieder in dreistellige Höhen zu treiben – und durch neue Schulden.

Weltbank und Internationaler Währungsfonds, die eine Politik des knappen Geldes zur Bedingung für weitere Kredite machen, warnten bereits vor Hyperinflation und neuen Löchern im Haushalt. Olszewski gefährdet nach Ansicht seiner Kritiker die Chancen, daß der Westen den Polen rund 7,5 Milliarden Dollar Schulden streicht.

Der Rechtsanwalt hat in seinen ersten Amtswochen viel Zustimmung verloren: Er vergrätzte die eigene Zentrumsallianz, weil er der katholischen Christlich-Nationalen Vereinigung Innen- und Justizministerium sowie andere Schlüsselpositionen zuschanzte. Die Klerikalen drängten sogleich die Familienbeauftragte Anna Popowicz aus dem Kabinett, weil sie sich gegen den Entwurf des neuen Abtreibungsgesetzes stellte.

Der Premier brachte zudem das Offizierskorps gegen sich auf, weil er mit Radoslaw Sikorski einen ehemaligen Journalisten zum stellvertretenden Verteidigungsminister ernannte, der neben der polnischen auch die britische Staatsbürgerschaft besitzt und seine militärischen Kenntnisse als Berichterstatter des *Observer* in Afghanistan erwarb.

Noch komplizierter wird das Durcheinander in Warschau durch

einen Präsidenten, der sich vor Zeugen mit seinen Beratern anlegt, öffentlich den Regierungschef abkanzelt („Sie waren übermüdet“) und sich ständig ins politische Alltagsgeschäft einmischt.

Jüngst verdutzte Lech Walesa, der im Sejm wie ein König hoch über den Abgeordneten thront, die Polen mit der Drohung, wenn die Volksvertreter nicht so abstimmen, wie er wolle, werde er dafür sorgen, daß ihnen das Mandat entzogen werde. Seinen Politiker-Kollegen warf er „Mafia-ähnlichen“ Stil beim Verteilen von Posten und Pfründen vor.

Als der Sejm seine Kandidatin für das Amt der Nationalbank-Chefin, Hanna Gronkiewicz-Waltz, ablehnte, setzte der Präsident höchst unorthodox eine zweite Abstimmung durch – und gewann. Die Wirtschaftsjuristin, so seine Hoffnung, werde sich weigern, mehr Geld drucken zu lassen, und damit die Politik Olszewskis blockieren.

Walesa mahnte den Premier vorige Woche, er müsse seine Basis im Parlament erweitern. Mittlerweile versuchen auch mit Olszewski unzufriedene Parteifreunde aus der Zentrumsallianz, ein Bündnis mit der Demokratischen Union einzugehen. Die aber verwirft Olszewskis Wirtschaftsrezepte als „Losungen aus einer vergangenen Epoche“.

Eine neue Koalition ist nur denkbar, wenn Olszewski zum radikalen Sparkurs seiner Vorgänger zurückkehrt. Statt dessen aber will der Premier seinen Haushalt wie geplant Ende März im Parlament durchbringen und bei einer weiteren Niederlage zurücktreten.

Schon bald könnten deshalb Neuwahlen anstehen. Da der zersplitterte Sejm

aber nicht instande ist, das Wahlrecht zu ändern und eine Sperrklausel einzuführen, würde die Lage auch nach einem neuen Votum verworren bleiben.

Dies wäre die Stunde Walesas. Er ist überzeugt, daß er allein, ausgestattet mit Sondervollmachten des Parlaments, das Land aus der Krise führen kann. Der Abgeordnete Józef Orzel: „Walesa denkt, nur ein starker Präsident kann soziale Unruhen im Land verhindern.“

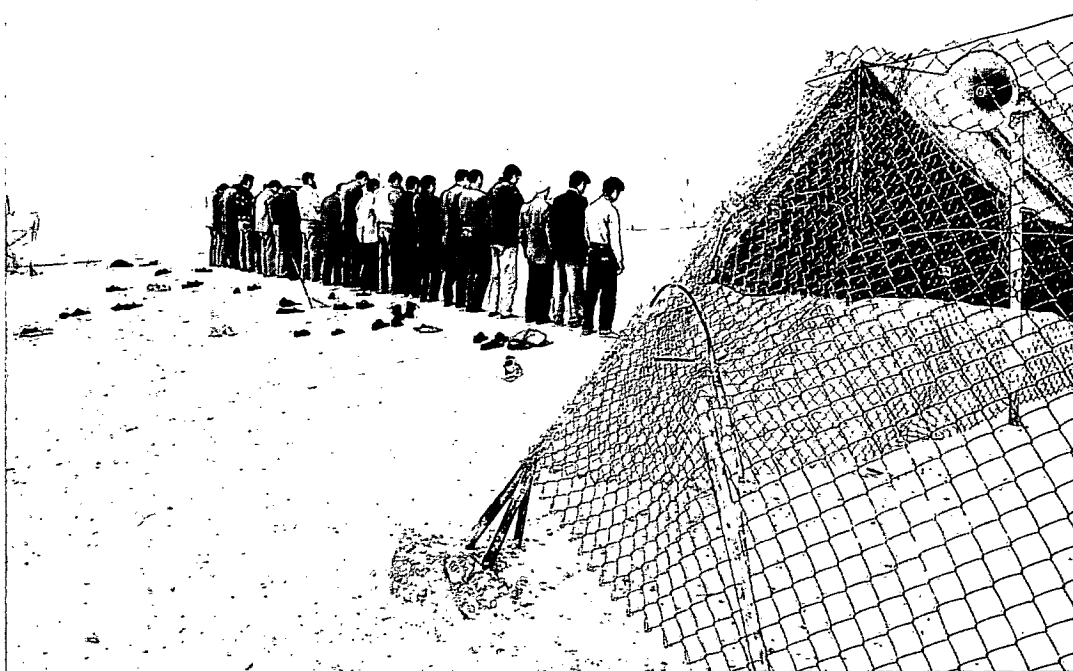
Algerien

Gulag in der Wüste

Nach dem Verbot der Islamischen Heilsfront sperrt die Regierung ihre Gegner in Internierungslager. Die Gefahr eines Bürgerkriegs wächst.

Die „Mitteilung Nr. 21“, angeschlagen an der Pforte der Akram-Moschee in der Hauptstadt Algier, forderte lakonisch zum Durchhalten auf: „Die herrschende Ruhe ist die vor dem Sturm“, noch sei das „letzte Wort nicht gesprochen“.

Unterzeichnet war die Botschaft von Abd el-Rassek Radscham, dem derzeitigen Sprecher der Islamischen Heilsfront (FIS). Wie die wenigen anderen Spitzenfunktionäre der algerischen Fundamentalisten, die bislang den Greiftrupp der Regierung entwischt sind, kann sich Radscham nur aus dem Untergrund an seine Anhänger wenden. Die Islam-Par-



Gefangene im Internierungslager Wargla: Wassermangel und Seuchengefahr